



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 11.11.2015, 17:04 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2016 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2015-2019 - Einbringung	Vorl.Nr. 405/15
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Einbringung des Haushaltsplans 2016 sowie der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2015 - 2019 ist erfolgt.

Die Haushaltsrede von OBM **Spec** und die Präsentation von Stadtkämmerer **Kiedaisch** liegen der Niederschrift als Anlagen bei.

Die weiteren Beratungen erfolgen im

- Gemeinderat am 25.11.2015
- Gemeinderat am 08.12. und 09.12.2015
- Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 15.12.2015
- Gemeinderat am 16.12.2015.

TOP 1.1	ANLAGE Haushaltsplan 2016	Vorl.Nr. 406/15
---------	---------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2	Nachhaltige Mobilität: Zukunftsgerechte Ausrichtung der Verwaltung und Empfehlung einer neuen	Vorl.Nr. 404/15
-------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

- ~~1. Die Empfehlung einer neuen Organisationsstruktur für den FB Stadtplanung und Vermessung wird befürwortet.~~
- 2.1. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 wird ~~im Fachbereich 61 Stadtplanung und Vermessung~~ eine Stelle für die Teamleitung des neuen Teams „Integrierte Verkehrsplanung“ in Entgeltgruppe 14 TVöD bzw. A 14 LBesGBW geschaffen.
- 2.2. Die Stelle wird zur Ausschreibung wie vorgeschlagen freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat Rothacker (beruflich verhindert)
Stadträtin Dr. Traub (Urlaub)
Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Weiss
Stadtrat T. Lutz

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

Eingangs verweist OBM **Spec** auf die abweichenden Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 29.10.2015 und des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 10.11.2015. Es hätten sich aus seiner Sicht keine Zweifel an der Notwendigkeit der Stelle an sich abgezeichnet, lediglich die organisatorische Zuordnung sei noch nicht geklärt. Dies könne auch im nächsten Verfahrensschritt entschieden werden.

Stadträtin **Liepins** kündigt an sich zu enthalten. Sie selbst halte sowohl die Schaffung der Stelle als auch die Zuordnung zum FB Stadtplanung und Vermessung grundsätzlich für sinnvoll, wolle diese aber dennoch im Zusammenhang mit dem Stellenplan für das Jahr 2016 beschließen. In diesem Zusammenhang könnten dann auch Fragen einer eventuellen Befristung sowie der organisatorischen Verankerung der Stelle geklärt werden.

Die Stadträte **Kreiser** und **Weiss** vertreten die Ansicht, angesichts der anstehenden Aufgaben sei jeder Tag, an welchem die Stelle nicht besetzt werden könne, ein verlorener Tag. Beide erklären, sie stimmten daher einer Ausschreibung und Besetzung auch im Vorgriff auf die Stellenplanberatungen zu. Die organisatorische Zuordnung könne zunächst offen bleiben.

Stadtrat **Gericke** beurteilt den verwaltungsvorschlag in Vorl. Nr. 404/15 als schlüssig – sowohl was das Konzept an sich angehe, als auch hinsichtlich der Zuordnung zum FB Stadtplanung und Vermessung und der vorgezogenen Ausschreibung.

Auch die Stadträte **Eisele** und **Burkhardt** sprechen sich mit Bezug auf die zahlreichen bedeutenden, dieser Stelle zuzuordnenden Themen für eine rasche Besetzung aus.

BM **Ilk** wirbt auf Grund der angespannten Situation am Personalmarkt um eine unbefristete Besetzung. Er grenzt die heute zu beschließende Stelle nochmals zu jenen des Bauinvestitionscontrollings und des Bahnstationsmanagers ab.

Nachdem in der Aussprache keine Mehrheit für die vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt empfohlene Vertagung der Entscheidung bis zu den Haushaltsplanberatungen abgezeichnet hat, lässt OBM **Spec** über die Beschlussempfehlung des Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung abstimmen. Über die organisatorische Zuordnung der Stelle könne dann im nächsten Schritt beraten und entschieden werden.

TOP 3

Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der
Katholischen Gesamtkirchengemeinde,
Kindertageseinrichtung Sonnenhaus, Landäckerstraße

Vorl.Nr. 347/15

Beschluss:

Der Sanierung und Erweiterung der katholischen Kindertageseinrichtung Landäckerstraße in Neckarweihingen um drei Gruppen wird zugestimmt. Der Träger erhält einen Gesamtzuschuss in Höhe von maximal 3.175.056 €. Der Träger verpflichtet sich Anträge auf Förderung nach dem Kinderbetreuungsfördergesetz des Landes (KinderBFG) oder dem Kinderförderungsgesetz des Bundes (KiföG) zu stellen. Diese Förderungen werden vom städtischen Zuschuss in Abzug gebracht. Die Auszahlung erfolgt nach Baufortschritt. Für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung ist eine kleine Fläche des Schulgeländes erforderlich, die der Kirchengemeinde zur Verfügung gestellt wird. Die erforderliche Sanierung und Erweiterung der Schule wird dadurch nicht beeinträchtigt. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats zum Haushalt 2016.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat Rothacker (beruflich verhindert)
Stadträtin Dr. Traub (Urlaub)
Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat T. Lutz
Stadträtin Dziubas
Stadtrat Meyer

a 33 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 21.10.2015 und macht auf die erhebliche Nachfrage nach Kindergarten- und Kleinkindbetreuungsplätzen im Stadtteil aufmerksam. Die vorgeschlagene Maßnahme trage diesem Umstand Rechnung, sei finanzierbar und könne zudem noch ein Jahr eher fertiggestellt werden als das

Protokollauszug Gemeinderat 11.11.2015

Kinder- und Familienzentrum.

Auf Sachvortrag und Aussprache wird mit überwiegender Mehrheit verzichtet.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, das Neubaugebiet in Neckarweihingen sei seit 5 Jahren bekannt gewesen und es sei äußerst schade, dass man nun gezwungen sei, auf die Schnelle einem Großvorhaben zuzustimmen. Sie bitte die Verwaltung eindringlich darum, bei Neubaugebieten die notwendigen Kinderbetreuungsplätze rechtzeitig zu planen.

EBM **Seigfried** zeigt auf, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vier verschiedene Möglichkeiten erwogen worden seien, die jedoch auf Grund der Verzögerungen einzelner Maßnahmen nicht fertig geworden seien. Schlussendlich habe man sich mit Blick auf die Nachhaltigkeit entschieden, statt eines temporären Projekts zwei langfristig wirksame Maßnahmen anzugehen. Zudem habe sich der Stadtteilausschuss auf Grund der Örtlichkeit gegen das temporäre Projekt ausgesprochen. Im Sinne einer verantwortlichen kommunalen Politik müsse man manchmal eben den Realitäten Tribut zollen.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 347/15 zur Abstimmung.

TOP 4

Städtebauliche Erneuerungsverfahren in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 422/15

Beschluss:

1. Die von der Verwaltung dargestellte Prioritätensetzung innerhalb der aktuell laufenden Stadterneuerungsverfahren zum Zwecke der **Beantragung weiterer Städtebaufördermittel** für das Programmjahr 2016 wird wie folgt zustimmend zur Kenntnis genommen:

Priorität	Stadterneuerungsprogramm	Geplante Förderrahmen für den Antrag
1	Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) „Ortskern Neckarweihingen“	2.500.000 €
2	Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) „Ortskern Poppenweiler“	750.000 €

2. Die von der Verwaltung **beantragte Verlängerung des Bewilligungszeitraumes** für das Sanierungsprogramm ASP „Ortskern Neckarweihingen bis zum 31.12.2019 und für das Sanierungsprogramm ASP „Ortskern Poppenweiler“ bis zum 31.12.2020 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
3. Der Antrag der Verwaltung, das Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen in das neue **Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“** aufzunehmen wird beschlossen. Im Falle einer Programmaufnahme stellt der Gemeinderat die Durchfinanzierung des Projekts sicher.
4. Der **Geltungsbereich für die Vorbereitenden Untersuchungen** der städtebaulichen Erneuerung „ZIEL“ (Zentrale Innenstadt – Entwicklung Ludwigsburg) wird entsprechend der im angehängten Lageplan dargestellten Abgrenzung (Anlage 2) erweitert. Der Lageplan ist

Bestandteil des Beschlusses. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat Rothacker (beruflich verhindert)
Stadträtin Dr. Traub (Urlaub)
Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat V. Lutz

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Lehmpfuhl** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) gibt unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 422/15 und die ihr beigefügte Präsentation einen Überblick über den Stand der städtebaulichen Erneuerung in Ludwigsburg im Jahr 2015. Dem schließt sich ein Ausblick auf das Jahr 2016 an, in dessen Rahmen vertieft auf die einzelnen Stadterneuerungsprogramme eingegangen wird.

Das Gremium lobt einmütig die gute Arbeit im Bereich Stadtsanierung. Durch die Akquise der verschiedensten Fördermittel werde in der Stadt einiges bewegt und positiv verändert.

Stadtrat **Herrmann** verbindet sein Lob mit dem Auftrag, auch weiterhin Förderanträge mit Augenmaß zu stellen. Durch das vorgabekonforme Abrufen und Verbauen der beantragten Fördersummen habe sich die Stadt beim Ministerium für Finanzen und Wirtschaft erarbeitet.

Stadtrat **Gericke** freut sich insbesondere über die Aufnahme der Lindenstraße, diese sei bereits seit Jahren überfällig. Gut sei auch die Erweiterung des ZIEL-Gebietes. Gerade in Zusammenhang mit der Aufwertung des Bahnhofsumfeldes gebe es hier einiges zu tun.

Stadtrat **Juranek** begrüßt vor allem die Anträge auf Aufstockung und Verlängerung der ASP-Mittel. Am Beispiel Neckarweihingen zeigt er auf, dass noch zahlreiche Projekte und Maßnahmen abzuarbeiten seien, für die diese Mittel gewinnbringend eingesetzt werden könnten.

Stadtrat **Weiss** schließt sich seinen Vorrednern an. Besonders hebt er die positive Strahlkraft von Sanierungsgebieten vor, welche regelmäßig Vorbild für und Animation zu privaten Investitionen auch im Umfeld des Gebietes seien.

Stadtrat **Heer** stellt die Frage, ob aus dem unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages genannten Fördertopf auch Mittel für die Sporthalle Hoheneck beantragt bzw. bereitgestellt werden könnten.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass man neben den durch die städtebaulichen Erneuerungsverfahren angestoßenen positiven Veränderungen im Stadtgebiet andere Stadtteile nicht vergessen dürfe. Beispielfhaft weist sie auf den alten Teil Eglosheims hin.

Herr **Lehmpfuhl** begründet an Stadtrat **Heer** gewandt die Konzentration der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages auf das Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen mit begrenzten Personalkapazitäten und kurzen Antragsfristen. Weiter kündigt er auf Nachfrage von Stadtrat Juranek an, dass das Thema Linksabbieger aus der Stuttgarter Straße in die Mathildenstraße im Rahmen der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes einbezogen werden könne.

OBM **Spec** stellt in Aussicht, über die förmlich festgelegten Sanierungsgebiete hinaus zusätzliche Anreize für städtebaulicher Erneuerungen in anderen Stadtgebieten schaffen zu wollen.

Anschließend lässt er über die Vorl. Nr. 422/15 Beschluss fassen.

TOP 5

Entwicklungsbereich Ost/Oßweil - mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand

Beratungsverlauf:

Der Bericht über den aktuellen Stand der Rahmenplanung des Entwicklungsbereiches Ost und Oßweil ist durch Herrn **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erfolgt. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

OBM **Spec** kündigt vertiefte Beratungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen für den Beginn des kommenden Jahres an.

Stadtrat **Gericke** erklärt wie folgt zur Protokoll:

„Vielen Dank für den Bericht. Ein bisschen vorgewarnt waren wir ja. Immerhin haben Sie es ja geschafft, am Vortrag auch noch die STEP-Beteiligten einzuladen zum heutigen Bericht. Ich kann an dieser Stelle nur ganz klar festhalten, dass der Planungsprozess bisher sehr offen war. Wir haben in den vergangenen Zwischenberichten und vor den Entscheidungen Anregungen gegeben, auch einen Antrag gestellt im Oktober 2014. Jetzt sehen wir uns mit einer immer konkreteren Planung konfrontiert und wir müssen feststellen, dass unsere Anregungen nicht aufgegriffen wurden. Ganz besonders ist unsere Fraktion davon enttäuscht, dass nördlich der Fuchshofstraße die vorgesehene Bebauung zu weit nach Osten reicht. Wir wollen die grüne Freifläche zwischen der Oststadt und Oßweil in einer Form erhalten, die es erlaubt, auch von einer Grünfläche zu sprechen. In der Begründung zu unserem Antrag von vor einem Jahr hieß es, der Entwicklungsbereich Ost ist wichtiger Bestandteil im Grünleitplan und im Freiflächenentwicklungskonzept und die Freiflächen dürfen daher nicht zu einer Restgröße bei einer neuen Konzeption werden. Von den Grünflächen haben wir auch heute nichts gehört. Die Folie Landwirtschaftspark ist zwar kurz aufgeblitzt, es wurde dazu aber nichts berichtet. Es sieht auf dem Rahmenplan wie er heute an der Wand war wirklich so aus, als ob die Grünfläche zu einer Restgröße verkommt. Und sie haben selbst, Herr Oberbürgermeister, heute in Ihrer Haushaltsrede gesagt, wie wichtig das Freiflächenentwicklungskonzept und die Grünleitplanung ist. An dieser Stelle wird sie eher missachtet. Eine Änderung der Planung mit Rücknahme der Baufläche Variante 2.2 ist aus unserer Sicht dringend auch als Nullvariante mit in die Entscheidungen aufzunehmen. Eine Rücknahme der Baufläche an dieser Stelle mit Erhalt der großen Bäume die da auch stehe, das ist für uns Voraussetzung für eine Zustimmung zum Rahmenplan. Und ich sage das hier so deutlich, damit sie das bis zu den Beratungen im BTU oder weiteren Beratungen eben auch einbeziehen können in ihre weiteren Überlegungen und Planungen. Sie müssen wissen, dass sonst eben die Grüne Fraktion nicht mehr positiv mitgehen kann. Andere Fragen, wie ein Kinder- und Familienzentrum, obwohl es zwei katholische Standorte in unmittelbarer Nähe gibt, die auch Erweiterungsbedarf und Erneuerungsbedarf angekündigt haben, werden sicher im BSS beraten werden. Und was den Verkehr angeht, glänzen Sie heute mit Varianten, Grobvorplanungen für den Straßenbau, aber wir hören nichts zum ÖPNV-Konzept. Der HCL hat für seine Baugenehmigung quasi uns hier versprochen und sie in der Stadtverwaltung, dass das ohne zusätzliche Straßeninfrastruktur möglich ist. Jetzt ist der angenommene Verkehr sogar Grundlage für die Straßenplanungen. Das enttäuscht uns alles sehr. Und das möchten wir Ihnen einfach auf den Weg mitgeben.“

OBM **Spec** stellt klar, heute sei lediglich ein Bericht zum aktuellen Sachstand geplant. Die grundlegende Beratung erfolge zunächst in den gemeinderätlichen Ausschüssen. Erst auf Grundlage von Mehrheitsentscheidungen könnten Änderungen an der Planung vorgenommen werden, nicht jedoch auf Basis einzelner Wortmeldungen im Rahmen eines nur als Zwischeninformation geplanten Punktes.

Stadtrat **Eisele** erkundigt sich, ob es sich bei der im Sportpark Süd mit „Jugendsport“ bezeichneten Flächen um den weggefallenen und noch zu ersetzenden Bolzplatz handle. Bezüglich der Parkierung des HCL erkundigt er sich, wo die geschätzten 60 000 jährlichen Besucher der Kletterhalle parken werden. Bei der Waiblinger Straße fehle ihm die Variante 0. Prof. Kölz habe vor den Ferien klar ausgeführt, dass diese Straße nicht gebraucht werde. In der weiteren Ausarbeitung müsse daher die Variante 0 zwingend mit untersucht werden.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, den Gremienmitgliedern den heute gezeigten Vortrag zeitnah schriftlich zur Verfügung zu stellen, so dass dieser in den Fraktion beraten werden könne und auch eventuelle Änderungswünsche noch zeitnah eingebracht werden könnten. Der SPD-Fraktion beispielsweise gefalle – wie bereits nach dem Wettbewerb kommuniziert – das Mischgebiet nicht und man habe auch Schwierigkeiten, sich eine entsprechende Nutzung vorzustellen. Man habe daher angeregt, die Planung in diesem Punkt zu überarbeiten, mit dem Ziel einer geringeren Bebauung und größerer Grünflächen.

Stadtrat **Seybold** bittet um Ende der Debatte. Heute sei lediglich ein Sachstandsbericht geplant gewesen, der Zeitpunkt sei keinesfalls reif für einen Einstieg in die Beratung. Dies müsse in den Ausschüssen erfolgen.

Herr **Großmann** skizziert auf Nachfragen aus dem Gremium abschließend das weitere Vorgehen. Heute sei es lediglich darum gegangen, dem Gremium einen Überblick über die Bandbreite des aktuellen Arbeitsstandes zu verschaffen. Alle genannten Punkte seien in irgendeiner Form in die Bearbeitung beziehungsweise im Arbeitsprogramm enthalten. Für den Einstieg in die Beratung in den gemeinderätlichen Ausschüssen werde eine Vorlage erstellt, auf deren Basis diskutiert und gegebenenfalls selbstverständlich auch Änderungen vorgenommen werden könnten.